



Beipackzettel zur Digitalisierung des Gesundheitswesens

Dr. Stefan Buschner



 **Governikus KG**

So innovativ ist Sicherheit!

Seit unser Unternehmen 1999 gegründet wurde, beschäftigen wir uns mit den Themen Sicherheit und Vertraulichkeit in der elektronischen Kommunikation – und zwar unter Berücksichtigung nationaler und internationaler Gesetzgebungen.



Die Governikus GmbH & Co. KG im Überblick

Zentrale Hochschulring 4, 28359 Bremen

GS Berlin Universitätsstr. 2, 10117 Berlin

GS Köln Herwarthstraße 1, 50672 Köln

GS Erfurt Johannesstr. 162, 99084 Erfurt

Gründung Juli 1999 (als bremen online services GmbH & Co. KG)
als Public-Private-Partnership der Stadt Bremen und der Industrie

Komplementär Governikus Bremen GmbH (zu 100,0 % Eigentum
der Freien Hansestadt Bremen)

Kommanditisten Freie Hansestadt Bremen: 55,1 %
Land Bremen: 44,9%

Geschäftsführer Dr. Stephan Klein

Aufsichtsratsvorsitz Dr. Martin Hagen

Beschäftigte ca. 180 Mitarbeiter





Die Governikus ist Dienstleister des IT-Planungsrates

Der IT-Planungsrat ist:

- Verfassungsorgan nach Artikel 91c des Grundgesetzes
- Macht Vorgaben zur IT für alle öffentlichen Stellen in Deutschland (Ministerien, Behörden, Ämter, Körperschaften-/Anstalten des öffentlichen Rechts)
- Seine Vorgaben haben Gesetzesrang
- Siehe: https://www.it-planungsrat.de/DE/Home/home_node.html



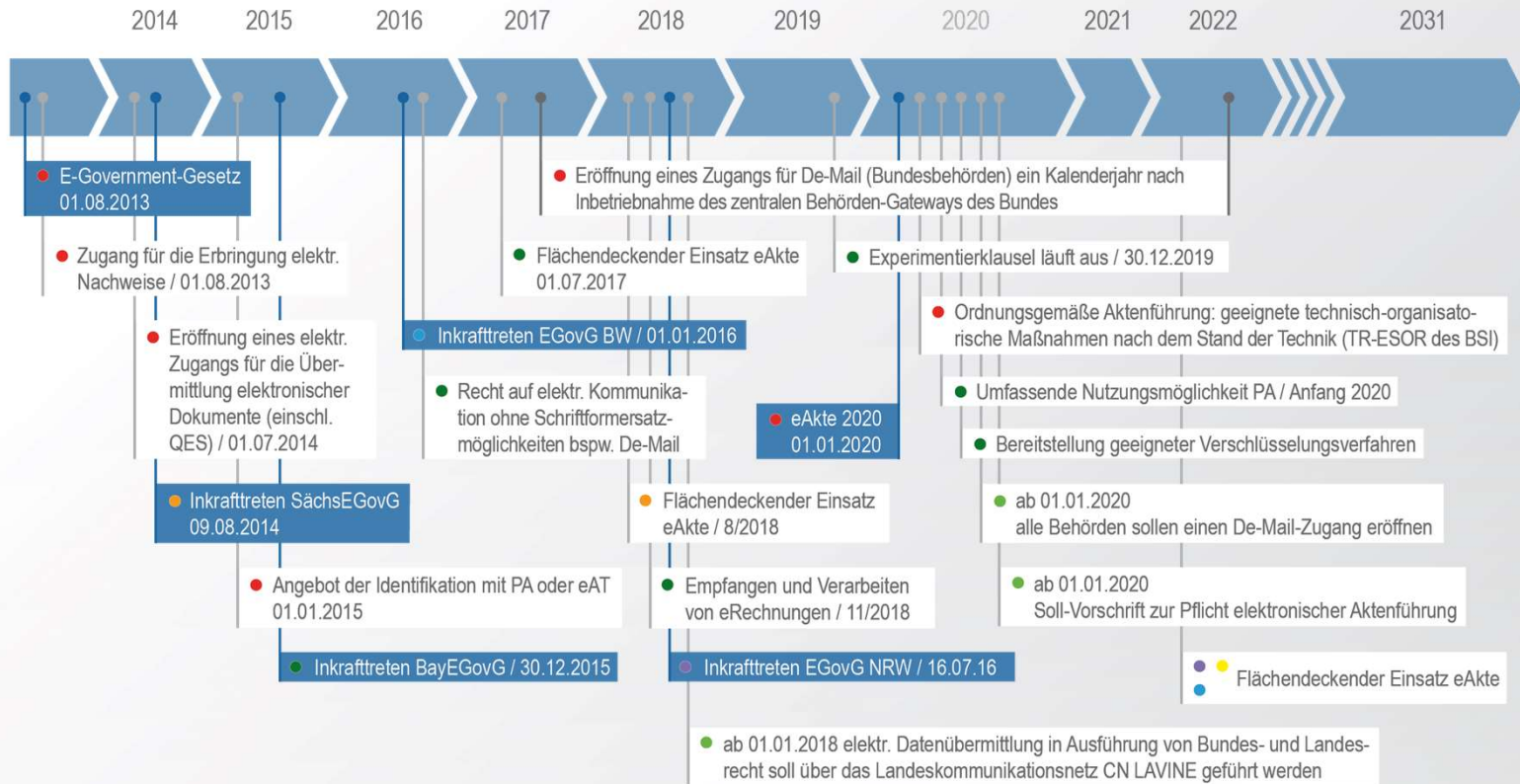
Der IT-Planungsrat gibt 10 Anwendungen vor:

- Die Governikus hat 4 Anwendungen davon in der Pflege
- Die Anwendungen stehen den öffentlichen Stellen gratis zur Verfügung*
- Folgende Anwendungen gehören der Governikus:
 - Governikus
 - GMM
- Folgende Anwendungen werden für den IT-PLR gepflegt:
 - DVDV
 - SAFE

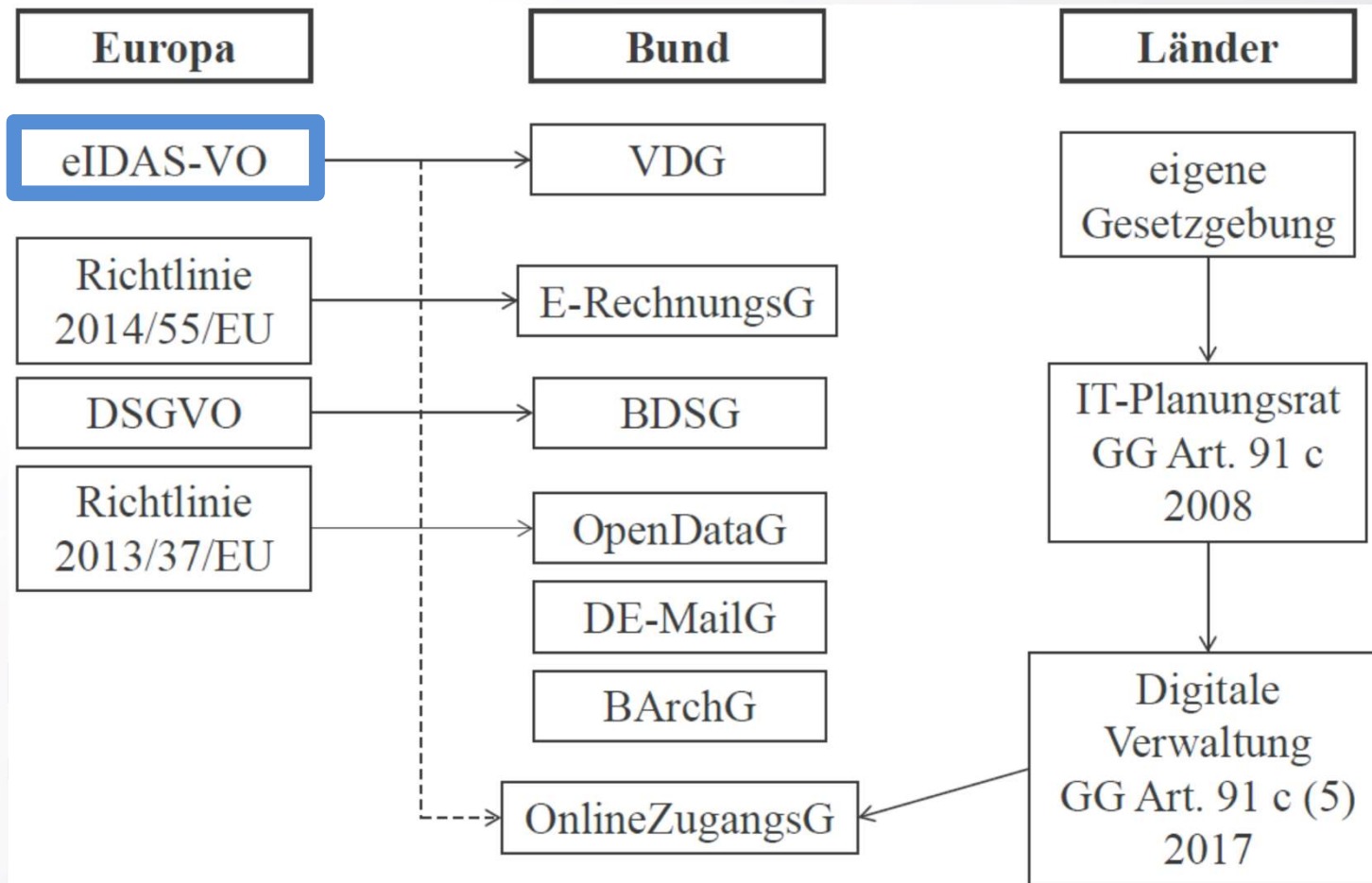
*wenn das Land dem Pflegevertrag beigetreten ist

E-Government-Gesetze

- E-Government-Gesetz Bund
- E-Government-Gesetz Baden-Württemberg
- E-Government-Gesetz Sachsen
- E-Government-Gesetz Nordrhein-Westfalen
- E-Government-Gesetz Bayern
- E-Government-Gesetz Berlin
- E-Government-Gesetz Mecklenburg-Vorpommern



Update der deutschen Gesetze für die Digitalisierung





Das deutsche Gesundheitswesen besteht aus über 1.000 öffentlichen Stellen (Ministerien, Behörden, Ämtern, Körperschaften/Anstalten öffentlichen Rechts)

Universitätskliniken

Krankenkassen

Gesundheitsämtern

GKV, G-BA

Pflegekassen

Berufsgenossenschaften

Bundesdrogenbeauftragte

Kammern von Ärzten, Zahnärzten, Apothekern, Psychotherapeuten

Unfallversicherungen

PEI, RKI, DIMDI, BfArM, BzGA

KVen, KZVen

Gesundheitsministerien

Organe der freien Heilfürsorge

Rehakliniken

■ ■ ■

Digitalisierung des Gesundheitswesens durch das BMG

Das BMG will die Digitalisierung des Gesundheitswesens vorantreiben:

- Neufassung des §291a SGB V (ePA)
- Spezifikation und Rollout der Telematikinfrastruktur (TI)
- DVG

ABER

Gesetze und Spezifikationen passen nicht zusammen:

- Es wird ignoriert, dass das Gesundheitswesen aus 1.000 öffentlichen Stellen besteht, die den Gesetzen für Justiz und öffentliche Verwaltung zu folgen haben
 - Die TI-Spezifikationen passen nicht zu diesen Gesetzen
 - DVG und Spezifikation der ePA passen nicht zusammen
 - Die Architektur der TI basiert noch immer auf dem Signaturgesetz von 2004 und passt damit nicht zu eIDAS und VDG



Vergleich von 291a und gematik Spezifikation mit dem OZG

Nach OZG befindet sich die ePA in der Rolle des Service-Kontos für den Versicherten/Patienten:

- Funktionvergleich Service-Konto mit ePA
- **GRÜN:** Match von ePA und Service-Konto
- **GELB:** Teilweiser Match
- **ROT:** Fehlt in der ePA

➤ Daten-/Dokumentenablage

➤ eID-Funktion

➤ Authentifikation

➤ Konsentmodul

➤ Postfachfunktion

➤ beweiswerte Speicherung

Nach dem ERVGerFöG/ERVV müssen alle öffentlichen Stellen bis zum 1.1.2022 ein beBPo haben

Das beBPo ist das besondere Behörden Postfach

Das beBPo dient der sicheren Kommunikation mit den Gerichten und anderen Behörden, sowie K/AöR

- Das ERVGerFöG/ERVV fordert einen sicheren Kommunikationskanal (De-Mail oder beBPo)
- Dieser Kanal ist für die öffentlichen Stellen dann der einzige Kommunikationskanal zu den Gerichten
- Eine Handreichung vom BfDI „verbietet“ bei Gesundheitsdaten die Kommunikation per De-Mail
- Damit ist für die öffentlichen Stellen im Gesundheitswesen Pflicht
- Wer nach Stichtag kein beBPo hat, hat den Gerichtsprozess schon verloren

Allerdings...




Das ERVGerFöG/ERVV hat eine opt.-in-Klausel

- Schleswig-Holstein hat die Klausel gezogen, um die Digitalisierung voranzutreiben
- Ab **1.1.2020** muss alle Kommunikation mit den Arbeitsgerichten per beBPo laufen
- Damit müssen alle „Behörden“ in Schleswig-Holstein am 1.1.2020 ein beBPo haben

Lösungen für das beBPo

Das Postfach des beBPo wird gratis auf dem Governikus-Intermediär bereitgestellt und die Adresse im SAFE.

Lösungen für das Auslesen des Postfachs

Produkt	Art der Lösung	Lizenzkosten
 Governikus Communicator	Client	gratis
 Governikus MultiMessenger	Enterprise-System	gratis*
EGVP-Enterprise	Enterprise-System	gratis
 Governikus beBPo_aaS	Service	2T€ p.a.**

* Bei Nutzung bestehenden Infrastruktur (z. B. ITZ Bund) und bestehendem Pflegevertrag mit dem Land

** Fullservice-Angebot mit Einrichtung: zzgl. einmalige Gebühr

Lösung für ein Servicekonto nach OZG

➤ Daten-/Dokumentenablage

➤ eID-Funktion



➤ Authentifikation



➤ Konsentmodul



➤ Postfachfunktion



➤ beweiswerte Speicherung

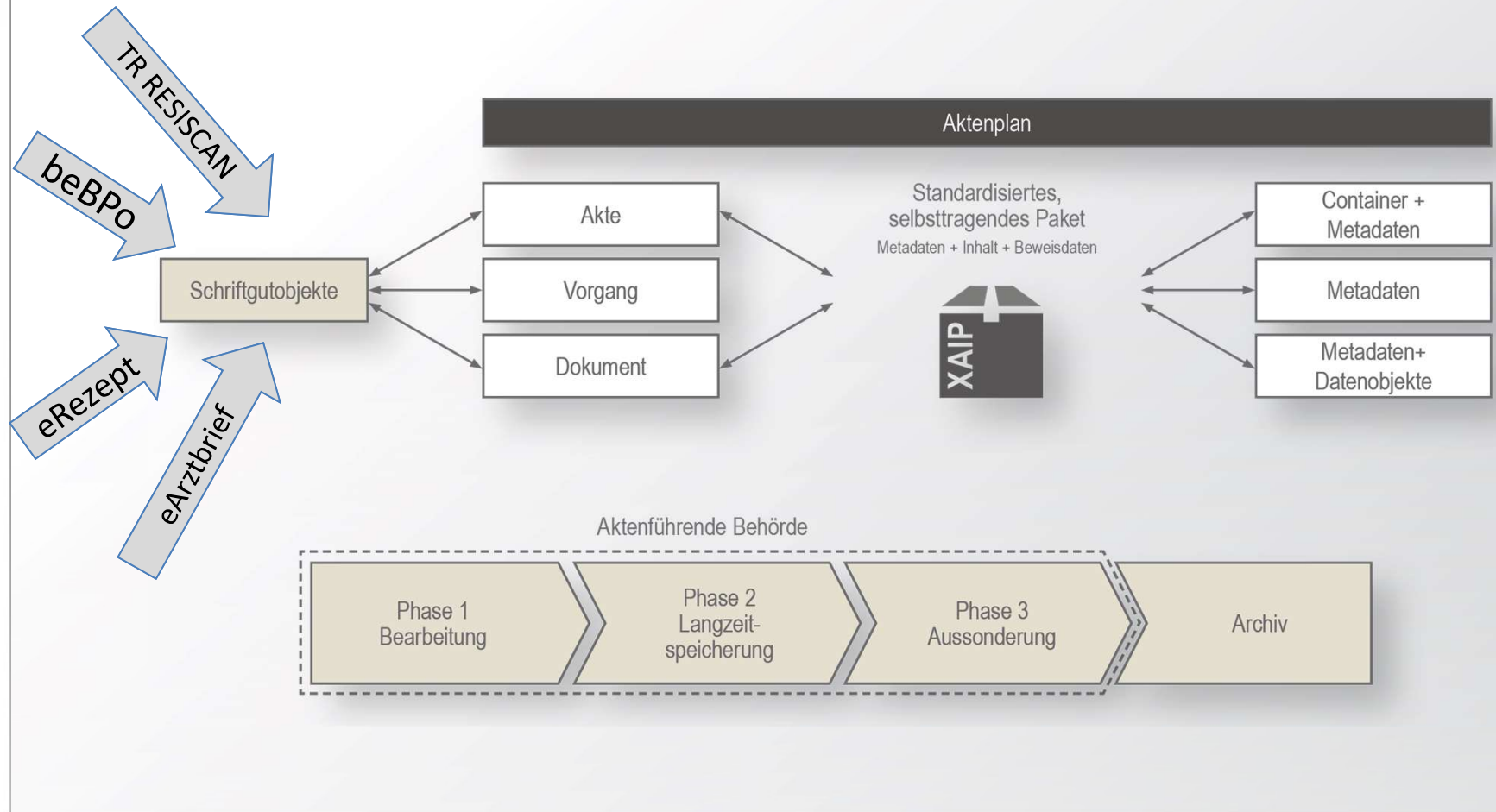


* Lizenzpflichtig

** S.O.



Szenario eAkte mit TR ESOR





 **Governikus**
Anwendung des IT-Planungsrates



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Beweiswerterhaltung

Ausgangspunkt:

Signierte Dokumente/Digitalisate verlieren mit der Zeit ihren Beweiswert durch:

- Ablauf der Zertifikate in der Signatur
- Nicht-mehr-Verfügbarkeit/Erreichbarkeit der die Zertifikate ausstellenden Trustcenter
- Ablauf der verwendeten Algorithmen
- Ablauf der verwendeten Schlüssellängen

Maßnahmen:

Die signierten Dokumente/Digitalisate müssen:

- Bei der Speicherung geprüft und zusammen mit dem Prüfprotokoll (Evidenz-Record) abgelegt werden.
- Signiertes Dokument muss zusammen mit dem Prüfprotokoll zeitgestempelt werden.
- Diese Prozedur muss regelmäßig (abhängig vom Signaturformat des Zeitstempels) wiederholt werden.



Beweiswerterhaltung - Vorgehen

Standards:

Für die Beweiswerterhaltung gibt es 2 zulässige Standards:

- PDF-LTV gemäß PAdES
- BSI TR-03125 (TR-ESOR)

PDF-LTV:

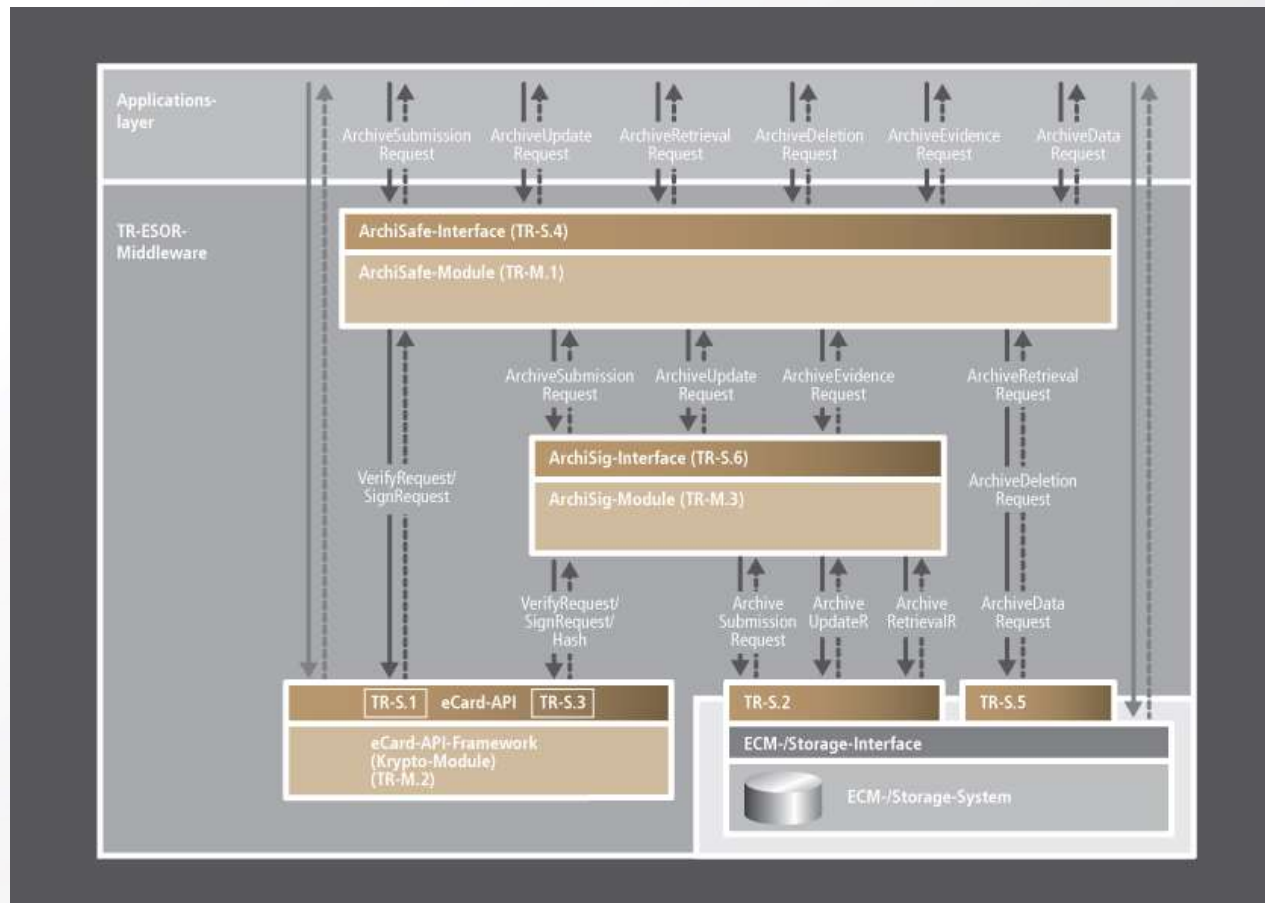
LTV steht für Long-Term-Validation:

- Nur auf PDF/A-Dokumente anwendbar
- Jedes Dokument benötigt einen eigenen Zeitstempel, der periodisch wieder gesetzt werden muss
- 1 Mio. Zeitstempel kosten ca. 20.000€ → Verfahren unwirtschaftlich

BSI TR-03125:

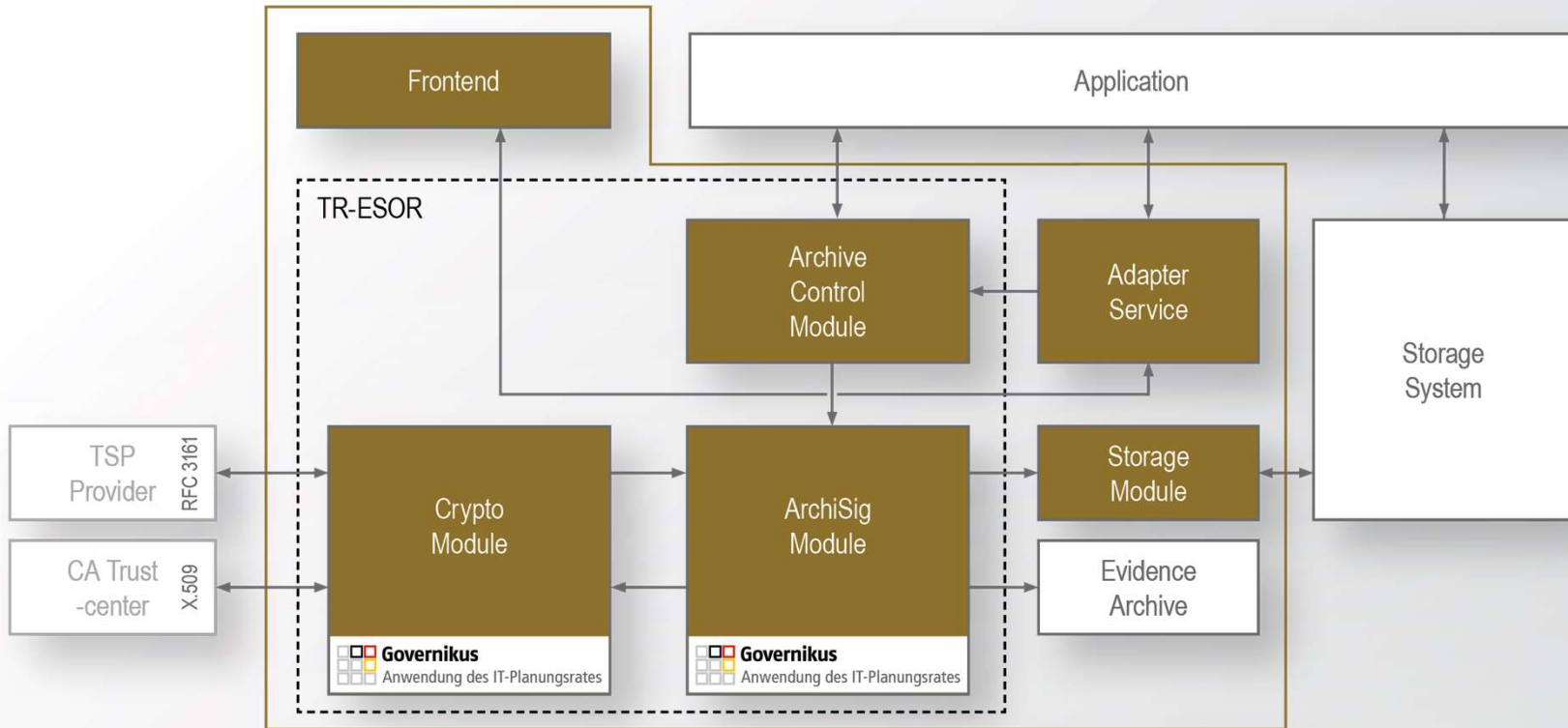
- BSI-Standard für alle Dokumenttypen
- 1 Zeitstempel fürs ganze Archiv pro Tag ist dank des ArchiSig-Standards hinreichend
- Das BVA schreibt für Krankenkassen TR ESOR vor

Referenzarchitektur TR-ESOR





Produktarchitektur



Herausforderungen: neben unterschiedlichen nationalen sicheren Formaten, nun auch noch eIDAS e-Delivery ...

